

## **Beschluss der Landesdelegiertenversammlung 2006 des BUND Hessen e.V. am 18. März 2006**

### **Beteiligungsrechte der Umweltverbände in Genehmigungsverfahren müssen gestärkt werden**

#### **- Verfahrensbeschleunigungen dürfen nicht zu Lasten der Umwelt und betroffener Menschen gehen**

#### **Die Landesdelegiertenversammlung des BUND-Hessen fordert**

- die Bundesregierung auf, den „Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben“ vom 04.11.2005 zurückzuziehen,
- das Land Hessen auf, den „Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung und Beschleunigung von Zulassungsverfahren für Verkehrsprojekte“ zurückzuziehen,
- die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, den vorgenannten Gesetzesentwürfen jeweils die Zustimmung zu versagen und
- Ministerpräsident Roland Koch und die Mitglieder der Hessischen Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die demokratischen Rechte der anerkannten Naturschutzverbände und der vorhabensbetroffenen Menschen auf Anhörung und Einbringung der widerstreitenden Belange in Planungsverfahren gestärkt und nicht geschwächt werden.

#### **Begründung:**

Gegenwärtig liegen dem Deutschen Bundestag zwei Gesetzesentwürfe zur Entscheidung vor, welche tiefgreifende Änderungen des Planungsrechts vorsehen (BT-Drs. 16/0054 vom 04.11.2005 und 94/06 vom 1.2.2006). Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass *„die heute geltenden Vorschriften zur Planung des Baus und Änderung von Fernstraßen, Schienenwegen, Wasserstraßen, Flughäfen sowie Strom- und Gasleitungen nicht den Anforderungen gerecht werden, die der europäische Binnenmarkt an die Transparenz, Berechenbarkeit und Zügigkeit der behördlichen Entscheidungsprozesse stellt“*. Es müssten daher *„Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Planungsverfahren“* ergriffen werden.

Kern der Gesetzesänderung ist dabei, die Einwirkungsmöglichkeiten der anerkannten Naturschutzverbände im Anhörungsverfahren zur Planfeststellung zu schwächen und diese der Rechtsstellung von Privatpersonen anzugleichen. Vorgesehen ist, es den Verbänden durch einen Wegfall von Informationspflichten über ausgelegte Planungen sowie eine massive Reduzierung der Stellungnahmefrist auf nur noch 2 Wochen nach Ende der Auslegung der Planungsunterlagen zu erschweren, sich mit der Planung tiefgehend auseinander zu setzen und der Behörde im Ergebnis unliebsame Planungsfehler oder unbewältigte Auswirkungen des Vorhabens auf Natur und Umwelt zu präsentieren, die dann rechtliche Hürden für eine rechtmäßige Genehmigung darstellen.

Da den Verbänden aufgrund europarechtlicher Vorgaben das - in Deutschland ohnehin im Vergleich zu fast allen anderen EU-Staaten und anderen europäischen Nachbarn sehr restriktive - Klagerecht gegenüber Großvorhaben mit erheblichen Umweltauswirkungen nicht genommen werden kann, möchte man wohl durch die Beschränkung der effektiven Beteiligungsmöglichkeit der Verbände im Verwaltungsverfahren auf diesem Wege die Möglichkeiten erfolgreicher Klagen gegen die Genehmigungsentscheidung reduzieren. Die Verbände sollen nämlich zudem - ebenso wie die von einem Vor-

haben in ihren Rechten und Interessen betroffenen Menschen - eine Klage nur auf solche Einwände gegenüber einer Planung stützen können, die sie im Rahmen der Frist von 2 Wochen nach Ende der Planauslegung schriftlich vorgebracht haben (sog. Präklusion).

Nach den Wünschen des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch sowie der Hessischen Landesregierung sollen darüber hinaus weitere planungsrechtliche Standards (wie insbesondere die Pflicht zur Ansetzung einer mündlichen Erörterung von Einwendungen im Planfeststellungsverfahren sowie die Durchführung eines Raumordnungsverfahren) abgeschafft und die Pflicht zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen eingeschränkt werden. Da passt es ins Bild, dass das Hessische Naturschutzgesetz im Rahmen dessen bevorstehender Novelle ebenfalls um unliebsame Vorschriften zu Gunsten des Naturschutzes und zu Lasten derjenigen, die diese für Vorhaben in Anspruch nehmen wollen, "bereinigt" werden soll.

Die Erschwerung effektiver Beteiligungsmöglichkeit der Umweltverbände in Planungsverfahren zu Großvorhaben soll dazu führen, dass die Belange von Natur und Umwelt seitens der Genehmigungsbehörden nur noch in geringerem Umfang geprüft und diesbzgl. Einwendungen mit weniger Aufwand behandelt werden müssen, wodurch einer schnelleren Vorhabensrealisierung der Weg geebnet werden soll.

Ein nennenswerter Gewinn an Verfahrensbeschleunigung ist durch die Beschneidung der Beteiligungsmöglichkeiten von Naturschutzverbänden indessen gar nicht zu erwarten. Lange Genehmigungsverfahren haben ihre Ursache vielmehr regelmäßig in unvollständigen oder qualitativ ungenügenden Planungsunterlagen seitens der Vorhabensträger. Deren Überprüfung, diesbzgl. Nachforderungen und sodann Anfertigung nimmt den weitaus größten Teil einer „überlangen“ Verfahrensdauer ein. Es ist bislang nicht bekannt geworden, dass gerade die Beteiligung der Naturschutzverbände zu mehrmonatigen Verzögerungen geführt hätte. Soweit die behördliche Prüfung aufgrund der von den Naturschutzverbänden in das Verfahren eingebrachten Stellungnahmen ein Verfahren verlängert, so bezeugt dies allein die Wichtigkeit und den Substanzgehalt der auf diesem Wege vorgebrachten Einwände.

Der vorliegende Gesetzesentwurf will mithin offenkundig nichts anderes als die Möglichkeiten der Naturschutzverbände beschneiden, substanzvolle Einwendungen auf dem bisherigen Niveau in die Verfahren einzubringen; vielmehr sollen die Behörden - dem Staatsziel Umweltschutz (Art. 20a GG) zum Trotz - in Bezug auf die Belange des Umweltschutzes auch mal „fünf gerade sein lassen“.

Damit werden verbindliche Vorgaben des EU-Rechts (Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie 2003/35/EG) konterkariert, die in Umsetzung der von der Bundesrepublik Deutschland mitgezeichneten sog. „Århus-Konvention“ verstärkte Verfahrensbeteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten der Umweltverbände sowie der vorhabensbetroffenen Menschen verlangen.

#### **Die Landesdelegiertenversammlung des BUND-Hessen stellt fest:**

- Die Einbeziehung der Umweltschutzverbände führt gemäß jahrzehntelanger Erfahrung dazu, dass Vorhaben umweltverträglicher geplant und optimiert werden. Die Verbandsbeteiligung hat sich über viele Jahre hinweg als Instrument des Abbaus von Verstößen gegen die Umweltschutzgesetze bewährt; sie bewirkt regelmäßig, dass Planungsfehler und Verstöße gegen geschützte Belange der Natur und Umwelt ans Licht kommen und korrigiert werden, die Suche nach besseren Alternativlösungen betrieben wird und bisweilen auch einmal unnötige oder unverantwortbare Vorhaben ganz unterlassen werden.

- Gerade in Anbetracht des Stellenabbaus in der Verwaltung ist eine Stärkung der Position sowie der effektiven Prüfungs- und Beteiligungsmöglichkeit der Umweltverbände das andernfalls bestehende Kontroll- und Vollzugsdefizit betreffend die Einhaltung der Gesetze zum Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu vermeiden.
- Mit einer Reduzierung der Stellungnahmefrist wird es den ehrenamtlichen Naturschutzexperten in den Umweltverbänden unmöglich gemacht, Planungen zu Großvorhaben in der nötigen Tiefe und Breite auf ihre Vereinbarkeit mit den Belangen der Natur und Umwelt zu prüfen, konstruktive Verbesserungsvorschläge in das Verfahren einzubringen und die Naturschutz- und anderen Fachbehörden bei ihrer Entscheidung über einen Planfeststellungsantrag zu unterstützen.
- Die Verbände werden sich künftig im Rahmen der kurzen Frist darauf beschränken müssen, ihre Einwände nur noch dem Grunde nach (präklusionsfest) einzubringen und ihre Möglichkeit der anschließenden Initiierung einer gerichtlichen Überprüfung des Vorhabens zu wahren. Die Auseinandersetzung um die Rechtmäßigkeit einer Planung droht damit zunehmend weg von der fachlichen Auseinandersetzung vor der Behörde und hinein in den Gerichtssaal verlagert zu werden.
- Eine spürbare Reduzierung der Dauer von Genehmigungsverfahren wird sich aufgrund der Beschränkung der Verbandsbeteiligung nicht einstellen, da deren Länge durch die Abgabe der Stellungnahmen der Verbände nicht wesentlich beeinflusst wird und den Behörden andererseits künftig in geringerem Maße als bisher die Zuarbeit der Verbände zur Verfügung steht.